

# STADT WITTEN

## **NIEDERSCHRIFT**

über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umweltschutz

am 07.05.2020 im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

### **Vorsitzender**

Rath, Uwe, Dr.

### **SPD**

Koch, Carsten-Tim, Viehmeyer, Heinz-Jürgen, Wiegand, Klaus

### **CDU**

Grunwald, Tobias, Hillert, Siegfried, Schöneborn, Hendrik, Dr., Warzecha, Jan

### **Bündnis 90 / Die Grünen**

Schulz, Ralf, Dr., Teupen, Sonja, Dr.

### **bürgerforum**

Riepe, Klaus

### **Solidarität für Witten**

Kretzmer, Claas

### **FDP**

Schulze-Arendt, Guido

### **Piraten**

Löpke, Roland

### **Beirat für Denkmalpflege**

Knährich, Heiner, Lippert, Wolfgang, Priebel, Hildegard

## Verwaltung

Keller, Frank, Paulsberg, Sebastian, Raith, Astrid, Reinken, Anja, Rommelfanger, Stefan, Stadtbaurat

Beginn: 17:00 Uhr Ende: 17:35 Uhr

## Öffentliche Sitzung

Zu Beginn der Sitzung schlägt der Vorsitzende vor, den Antrag der Fraktion Piraten zu TOP 2 als TOP 2.1 in die Tagesordnung einzufügen. Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden.

1. Umgestaltung Karl-Marx-Platz - Beschluss zur Vorplanung  
Vorlage: 1206/V 16
- 

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umweltschutz beschließt die vorliegende Vorplanung als Grundlage für die weiteren Planungsschritte und den Umbau des öffentlichen Platzes.

Gegenstimmen: - Enthaltungen: 1

2. Beteiligung der Öffentlichkeit zu verschiedenen Planverfahren
1. Änderung des FNP und Bebauungsplan Nr. 197 - Ann - „Bildungsquartier Annen“
  2. Bebauungsplan Nr. 250 – Rüd – "Auf dem Schnee"
  3. Änderung des FNP und Bebauungsplan Nr. 252 - Ann - „Westfalenstraße, Annenstraße“,
  4. Änderung des FNP und Bebauungsplan Nr. 262 - Hev - "Lärmschutzwall A43"
  5. Änderung des FNP und Bebauungsplan Nr. 265 – Bom – "Rigkeikenstraße"
- Vorlage: 1257/V 16
- 

- 2.1. „Möglichkeiten zur Online-Beteiligung nutzen“ zu VV Nr. 1257/V 16 „Beteiligung der Öffentlichkeit zu verschiedenen Planverfahren“  
-Antrag der Fraktion Piraten vom 05.05.2020-  
Vorlage: 0745/AG16
- 

Ausschussmitglied Dr. Schulz sieht in der Ersatzauslegung in den städtischen Büros ein mögliches Hindernis für die betroffenen und interessierten Bürger\*innen. Als Kompromiss könne er sich eine Auslegung vor Ort in einer temporär anzumietenden Räumlichkeit vorstellen.

Ausschussmitglied Löpke begründet den Antrag seiner Fraktion.

Daran anschließend werden verschiedene Aspekte erörtert, die im Sinne eines Instrumentenkoffers möglich und sinnvoll erscheinen. Dabei wird besonderer Wert auf die Rechtssicherheit der Verfahren gelegt.

Der Vorsitzende resümiert die Argumente und schlägt vor, den Beschlussvor-

schlag der Vorlage um den Beschlussvorschlag des Antrags mit den folgenden Zusätzen zu ergänzen:

„Die gewählten Formate müssen rechtssicher sein und sich an dem derzeit im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Planungssicherstellungsgesetz orientieren. Auch eine öffentliche Auslegung vor Ort sollte hier geprüft werden.“

Der Ausschuss erklärt sich mit der Formulierung einverstanden, sodass durch Abstimmung folgender Beschluss gefasst wird:

Der Ausschuss beschließt die Verwaltung zu ermächtigen, für die in der Vorlage aufgeführten Planverfahren die Form der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB im Sinne der Vorlage unter Berücksichtigung der Corona-Lage zu wählen und durchzuführen.

Die Verwaltung wird beauftragt zusätzlich zu den beiden in der Vorlage genannten Möglichkeiten ergänzend eine Online-Beteiligung zu prüfen. Dazu bieten sich etwa Videokonferenzen und eine Website für Rückmeldungen und Vorschläge an, zu denen die Verwaltung öffentlich einlädt und die trotz Corona eine Gruppenbeteiligung ermöglichen.

Die gewählten Formate müssen rechtssicher sein und sich an dem derzeit im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Planungssicherstellungsgesetz orientieren. Auch eine öffentliche Auslegung vor Ort sollte hier geprüft werden.

Gegenstimmen: -

Enthaltungen: 1

Dr. Rath  
(Vorsitzender)

Keller  
(Schriftführer)